

Deutsche Landwirtschaft im Strukturwandel

09. Januar 2019

Das Jahr 2018 hat die deutschen Nutztierhalter in Atem gehalten: Neben der Afrikanischen Schweinepest, dem geplanten Verbot der Kastenstandhaltung und der bislang ungeklärten Alternativen zur betäubungslosen Ferkelkastration wurden auch die Themen Wolfsregulierung, staatliches Tierwohlkennzeichen und das angekündigte Verbot der Anbindehaltung stark diskutiert.

Schweinepest: Die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in China und osteuropäischen Staaten sorgte 2018 unter den deutschen Schweinehaltern für Unruhe. Durch entsprechende Importstopps sollte die Einschleppung nach Deutschland verhindert werden. Im September rückte die ASP durch die Identifikation eines infizierten Wildschweins in Belgien bedrohlich nahe an Deutschland heran. Das Problem wird uns auch 2019 begleiten, bislang konnte keine Entwarnung gegeben werden.

Sauenhaltung: Die Sauenhaltungsbranche befindet sich schon seit vielen Jahren in einer schwierigen Umbruchphase: Die stark schrumpfende Zahl der entsprechenden Betriebe um rund zwei Drittel in den vergangenen 20 Jahren spricht eine deutliche Sprache. Mit dem geplanten Verbot der Muttersauenhaltung im Kastenstand steht die Branche erneut vor einer Zäsur. Eine entsprechende Gesetzesänderung erfolgte 2018 nicht, auch diese Thematik bleibt 2019 aktuell.

Tierwohllabel: Entsprechendes gilt auch für das staatliche Tierwohlkennzeichen: Tierhalter, die im Bereich Tierwohl mehr leisten, als das Gesetz verlangt, dürfen künftig ihre Produkte mit einem staatlichen Kennzeichen versehen. Aldi und Lidl haben 2018 bereits mit eigenen Tierwohllabels vorgelegt. Der Teufel steckt jedoch im Detail: die mögliche Mehrstufigkeit und die Eingangsstufenhöhe für das staatliche Label werden auf politischer Ebene noch immer diskutiert.

Wolf und Weidetierhaltung: Der Wolf und seine Annäherung an die Zivilisation und die Nutztiere auf den Weiden sorgte 2018 für Zündstoff in den Diskussionen zwischen Wolfsschützern und den Befürwortern einer Wolfsregulierung. Vermehrte Risse bei Weidetieren vor allem in Norddeutschland und ein nicht eindeutig nachweisbarer Angriff auf einen Menschen in Niedersachsen brachte das Thema wieder auf die Agenda.

Anbindehaltung: Der Bundesrat hat sich für ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Kühen ausgesprochen. Damit wird der Kritik von Verbraucher- und Tierschutzverbänden sowie der Bundestierärztekammer entsprochen. Bei den Bauernverbänden gehen je nach Bundesland die Meinungen auseinander. Vor allem die süddeutschen Länder, in denen diese Haltungsform in kleineren Betrieben noch verbreitet ist, stehen einem Verbot kritisch gegenüber.

Die Datenlage ist schwierig. Es wird davon ausgegangen, dass 2010 noch auf 31.500 Betrieben rund 650.000 Kühe ganzjährig in Anbindehaltung standen. Das entsprach damals etwa 35 Prozent der Milchviehbetriebe und 15 Prozent der Milchkühe in Deutschland. Das Thünen-Institut hat jetzt eine Analyse vorgelegt, die davon ausgeht, dass von einem Verbot im Jahre 2027 noch etwa 13.500 meist kleinere Nebenerwerbsbetriebe mit rund 270.000 Kühen betroffen sein könnten.